

Augarten-Spitz wurde erneut besetzt

24. August 2009, 12:50

Aktivisten wollen Gespräche - Zuständige Wasserrechtsbehörde hat Bescheid erlassen - Bohrungen wieder erlaubt

Wien - Am Wiener Augartenspitz, auf dem die Sängerknaben ihren Konzertsaal errichten wollen, kann wieder gebohrt werden - zumindest theoretisch. Die zuständige Wasserrechtsbehörde, die Magistratsabteilung 58, hat den für die Fortsetzung der Probebohrungen nötigen Bescheid ausgestellt. Er wird morgen, Dienstag, rechtskräftig. Ob nun tatsächlich gearbeitet werden kann, ist aber fraglich. Denn die Gegner des Projekts halten das Areal seit Sonntag erneut besetzt.

Die Aktivisten haben den Bauzaun, der den Bauplatz vom benachbarten Filmarchiv trennt, entfernt und sich auf der Wiese niedergelassen. Dort wolle man so lange bleiben, bis es zu neuerlichen Gesprächen mit den Bauherren kommt, so eine Sprecherin gegenüber der APA. Rund 20 Personen sind an der Besetzung beteiligt, wobei die Demonstranten lieber von einer "Fest-Setzung" sprechen, da auf dem Areal auch gefeiert werden soll.

Dass es wieder eine Räumung durch die Polizei geben wird, damit rechnen die Aktivisten vorerst nicht. "Wir hoffen, dass der Konflikt auf adäquate Weise gelöst wird", betonte die Sprecherin. Anfang Juli waren Vertreter des "Josefinischen Erlustigungskomitees" und des Vereins der Freunde des Augartens unsanft vom Areal entfernt worden. Das Grundstück gehört dem Bund, verantwortlich für den Einsatz war, als Vertreter des Eigentümers, Burghauptmann Wolfgang Beer.

Und vorerst besteht tatsächlich keine Gefahr. "Derzeit sind keine Aktionen geplant", sagte Beer am Montag im Gespräch, denn die Sängerknaben hätten nicht darum gebeten. Sollte dort jedoch der Wunsch geäußert werden, dass gegen die Besetzung vorgegangen wird, werde es entsprechende Schritte geben, betonte der Burghauptmann.

Die Aktivisten wollen den Bau des Saals verhindern und fordern, dass die betreffende Fläche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Zuletzt entbrannte ein Streit um die Rechtmäßigkeit der Vorarbeiten. Diese, so hatten die Gegner behauptet, seien illegal, da der entsprechende Bescheid fehle. Falsch, konterten Stadt und Sängerknaben. Ein Bescheid sei beantragt, hieß es. Notwendig sei er erst, sobald man das Grundwasser erreiche.

Als es so weit war, wurden die Arbeiten unterbrochen. Nun liegt die Erlaubnis zum Weiterbohren vor. Laut MA 58 sind keine speziellen Vorkehrungen notwendig. "Sicherheits- und Notfallpläne waren für das wasserrechtliche Verfahren nicht erforderlich", hieß es. Es gebe lediglich die "üblichen Auflagen": So müsse sichergestellt werden, dass es aufgrund der Bautätigkeit zu keiner Verunreinigung des Grundwassers kommt. (APA)

 [DRUCKEN](#) [MAILEN](#) [TEXTVERSION](#) [PERMALINK](#)

Aktuelle Immobilien in Wien finden Sie in der Immobilienbörse von derStandard.at/Immobilien

Aus anderen Ressorts

Behörde stoppt Probebohrungen



Aktivisten weiter gegen Sängerknaben-Projekt am Augartenspitz in Wien Leopoldstadt

Augarten-Spitz wurde erneut besetzt

Polizeieinsatz am Wiener Augartenspitz [11]



Gegner des Sängerknaben-Projekts vom Grundstück entfernt - Sommerkinobetrieb gefährdet - Prominente Baumpaten

Konzertsaalprojekt: Grüne warnen vor Verkehrschaos [13]

Busverkehr ungelöste Frage - Plädoyer für Alternativstandort

Konzertsaal soll ab 2009 gebaut werden [3]



Bauwerk am Wiener Augartenspitz wurde nach Absprache mit Denkmalamt verkleinert - Barockes Pförtnerhaus bleibt stehen

"Sängerknaben"-Präsident Nettig [5]

Konzertsaal sei "eminenter Faktor"

Erneut Grüne Kritik: "Versteckte Subventionen" [5]



Der Kultursprecher der Grünen, Wolfgang Zinggl, behauptet, dem Bund entgehen durch eine günstige Sängerknaben-Miete 20 Mio. Euro an Einnahmen

Bund sieht keinen Verlust bei Sängerknaben-Deal [4]

Burghauptmann: Niedrige Miete gerechtfertigt, da Bau nach 67 Jahren an Bund zurückfällt

"Augarten statt Baugarten" [1]



Erste Proteste von 100 Aktivisten vor dem Areal - Wiener Grüne unterstützten

"symbolische Besetzung" - Grüneraumhaltung mit allen "aktionistischen und rechtlichen Mitteln"

Wiener "Freunde des Augartens" wollen Sängerknaben-Miete überbieten [3]

10.001 Euro Jahreszins sollen mit Schanigarten erwirtschaftet werden

"Konzertkristall"-Projekt: Protestmaßnahmen angekündigt



Mailath für Filmzentrum auf der Donauplatte - Filmarchiv und Viennale: "Keine realistische Option"

Barockfest aus Protest gegen den Abriss des "Gesindehauses" [5]

Eine Initiative protestiert gegen den Abriss eines Barockgebäudes für den neuen Konzertsaal am Augartenspitz - "Josefinisches Erlustigungskomitee"

Grüne: "Versagen" im Kulturministerium

Kultursprecher Zinggl: Statt "sozialdemokratischer Visionen" findet in SP-Kulturpolitik "Fortsetzung des ÖVP-Kurses" statt

Augarten-Kino: Neuer Standort gesucht

Betreiber wollen nicht auf Donauplatte ausweichen, auch Filmmuseums-Chef dagegen

Häupl verspricht Geld für Filmkulturzentrum [1]

Bürgermeister will bei Suche nach Alternativstandort helfen - Verein der "Freunde des Augartens" kündigt

Augartenspitz von Polizei geräumt [Augarten-Streit]
Aktivisten wollen zweites Hainburg [Augarten-Streit]
Watschen und Bohrstopp am Augartenspitz [Augarten-Streit]

Aus dem Archiv

Weitere Wickel im Augarten [17.12.07]
Konzerthalle scheint fix [20.04.07]
Bund will Sängerknaben [20.04.07]
Neue Ängste um den Augarten [06.10.06]
Augarten in der Zukunft: Entwicklung oder Ausverkauf?
[15.11.06]

"konzertierte Aktionen" an

Kommentar der anderen: Das Augartenspiel, oder: Wem gehört die Stadt Wien?

Zwei Projektbetreiber erzählen die Geschichte einer "paradigmatischen Auseinandersetzung"



 **posten**

Posten Sie als Erste(r) Ihre Meinung

Die Kommentare von User und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen (**siehe ausführliche Forenregeln**), zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die derStandard.at GmbH vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.

© derStandard.at
2009